

Karin Priester

Die Krise der Repräsentation: Auswege und Irrwege

Empirische Untersuchungen zu den politischen Einstellungen junger Menschen zeigen seit mehr als einer Dekade einen ernüchternden Trend: Skepsis, Frustration, Gefühle der Machtlosigkeit, Enttäuschung über Parteienpolitik, sinkende Wahlbeteiligung. In Großbritannien durchgeführte Befragungen in den Jahren 2002 und 2011 weisen nach, dass dieser Trend sich noch verstärkt hat. Junge Menschen hätten, so die Forschergruppe von der Universität Exeter, eine beträchtliche Aversion gegen formale, professionelle Politik. Politiker gelten als abgeschottet, nur an Machtgewinn und Machterhalt interessiert und als zynisch im Umgang mit normalen Bürgern. Eine überwältigende Mehrheit der Befragten hielt vergangene und gegenwärtige Regierungen weder für ehrlich noch für vertrauenswürdig. Überdies böten die großen britischen Parteien keine echte Wahlmöglichkeit; ihre politischen Ziele seien mehr oder weniger alle gleich. Den Forschern fiel indessen nichts Besseres ein, als Politikern zu empfehlen, »ernsthaft« Public Relations-Arbeit zu betreiben, um das Misstrauen abzubauen und zu demonstrieren, wie sehr sie gewillt seien, »aufrichtig« und »ernsthaft« auf die Menschen zu hören. Das wäre aber nur die »von oben« initiierte Symbolpolitik, die doch gerade Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust auslöst. Diese Befunde sind keine britische Ausnahme. Sie lassen sich europaweit feststellen. Nimmt man dazu noch die fast komplette Wahlabstinenz in den Unterschichten, ist es kaum übertrieben, von einer Krise der Repräsentation zu sprechen.

Drei konzeptionelle Antworten auf diese Krise möchte ich vorstellen. Moderne Verfassungen kombinieren die liberale Tradition (Rechtsstaat) und die demokratische (Volksouveränität) miteinander. In einer Krise der Repräsentation besteht die Gefahr, dass beide Linien wieder auseinanderfallen: Hier die liberalen und konservativen Verfechter des Rechtsstaates (*rule of law*), dort die Anwälte einer »reinen«, nicht durch Parteien bevormundeten und gefilterten Demokratie.

Die erste, von liberaler Seite vorgetragene Antwort lautet: Der Begriff der Demokratie wecke zu hohe Erwartungen, die nicht erfüllt werden könnten. Das Ziel demokratischer Politik sei der Schutz der Freiheit. Zu viel Demokratie sei kontraproduktiv und verkehre Freiheit in ihr Gegenteil, in die Tyrannei der Mehrheit. Das politische Geschäft gehöre in die Hand verantwortungsbewusster Eliten, die Politik von parteilichen Leidenschaften und ideologischem Streit frei halten. Der irische Politiktheoretiker Philip Pettit plädiert für eine Entpartialisierung als Voraussetzung für demokratische Deliberation. Für seinen französischen Kollegen Pierre Rosanvallon beruht demokratische Legitimität auf Unparteilichkeit, Reflexivität und Nähe der Politiker untereinander. Nur so könnten Rationalität, Humanität und individuelle Freiheit garantiert werden. Beide sehen in der Deliberation (Verhandeln, Aushandeln, informelle Absprachen) der politischen Akteure das Gegengift gegen »irrationale«, freiheitsgefährdende demokratische Tendenzen.

Für Rosanvallon geht diese demokratische, wohl eher demokratistische, Gefahr heute vom Populismus aus. Pettit hält dagegen die Herrschaft des Mehrheitswillens des Volkes für grundsätzlich verderblich, weil sie nicht zu rationalem Konsens führe und Demagogen Tür und Tor öffne. Dennoch sind die Bürger nicht passiv den Entscheidungen der Politiker ausgeliefert. Sie partizipieren zwar nicht an der Macht, sind aber informell durch eine richterliche Funktion an der Politik beteiligt. Diese Funktion werde am besten in informellen Diskussionsrunden, in themenspezifischen Expertengruppen oder Ratgeberforen ausgeübt; politische Partizipation sei daher überflüssig.

Dieses Modell setzt aber voraus, dass der Bürger-Richter nicht nur über Sachkompetenz, ein üppiges Zeitbudget und rhetorische Fähigkeiten verfügt, also den »gebildeten Ständen« angehört, sondern tatsächlich unparteilich ist, was unwahrscheinlich ist. Letztlich stärkt dieses Modell einer an der Gesetzgebung unbeteiligten Bürgerberatung nur bürokratische Tendenzen. Denn sollte es zu einem Konflikt zwischen gesetzgebenden Instanzen und indirekten Formen von Bürgerbeteiligung kommen, liegt die Entscheidung selbstredend beim Gesetzgeber. Auf die demokratietheoretische Problematik, dass hier Pressure-Groups ohne jedes Mandat informell Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, kann aus Platzgründen nur hingewiesen werden.

Die zweite Antwort auf die Krise der Repräsentation ist der Populismus. Will deliberative Politik das demokratische Element abwehren und Leidenschaften aus der »Republik der Vernunft« ausschließen, so strebt der Populismus das Gegenteil an.

Statt Verengung von Demokratie durch Expertengremien und Absprachenpolitik soll der Wille des Volkes direkt und unvermittelt zum Ausdruck kommen. Leidenschaften (Empörung, Wut) werden indessen nicht als etwas Gegebenes vorausgesetzt, sondern mit allen rhetorischen Mitteln des Schwarz-Weiß-Denkens geschürt und angefacht. Dabei kommen dem Populismus drei Tendenzen zugute: die Vernachlässigung von Zugehörigkeit und Identität im herrschenden Diskurs, die linksliberale kosmopolitische Rhetorik und die Zerrissenheit der Linken in der Einwanderungsfrage.

*Populismus
als Antwort?*

Über das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft wird meist naserümpfend geschrieben. Gemeinschaft! Das kommt kosmopolitischen, individualistischen Intellektuellen nicht nur altbacken vor, sondern geradezu als erster Schritt in den Rechtsextremismus. In einem Artikel in der Berliner Republik von 2011 beleuchtete David Miliband, der Bruder des ehemaligen britischen Labourvorsitzenden Ed Miliband, aber auch die Kehrseite: »Die kosmopolitische Rhetorik der Vielfalt und der individuellen Rechte wird als bedrohlich und fremd wahrgenommen.« In der epochalen Frage der Einwanderung sei die Linke zerrissen. Einerseits stehe sie für individuelle Menschenrechte unabhängig von der Nationalität, andererseits wisse sie, dass Gemeinschaften auf lange gewachsenen, tiefen Wurzeln aufbauen. Weiß sie das tatsächlich und weiß sie das vor allem in Deutschland?

Es heißt offene Türen einzutreten, wenn man feststellt, dass Populismus in Europa vor allem ein rechtes Phänomen ist. Solidarität wird zwar groß geschrieben, gilt aber nur für die autochthone Bevölkerung und hier auch nur für die »deserving poor«, die Unterstützung verdienen, nicht dagegen für »Sozialstaatsschmarotzer«. Politische Offenheit und Transparenz wird zwar im Munde geführt, aber intern sind rechtspopulistische Parteien autoritär strukturiert. Zwischen Führung und Basis sei keine Vermittlung nötig, da der Führer oder die Führerin ohnehin das Sprachrohr des Volkes sei. Er oder sie wisse, was das Volk denkt, meint, fühlt und will. Diese Personalisierung von Politik ist indessen keine populistische Besonderheit, sondern ein generelles Merkmal moderner »catch-all«-Parteien, wie Otto Kirchheimer schon 1966 festgestellt hat. Die charismatische Dimension im Populismus wird allgemein überschätzt und für bedrohlich gehalten. Unterschätzt wird dagegen die um sich greifende, von den Medien noch verstärkte Personalisierung der Politik.

Gibt es einen Ausweg aus dem Dilemma der deliberativen Elitenpolitik und dem Populismus mit seinem Anti-Parteienaffekt, seiner Institutionenkritik und seiner anti-politischen Grundhaltung? Glaubt man der belgisch-britischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe, so ist »radikale Demokratie« die Lösung. Mouffe kommt von der radika-

len Linken her und hat einen bemerkenswerten Parcours durch alle -ismen durchlaufen, die seit den 70er Jahren radikale Systemkritik versprochen: Marxismus, Gramscismus, postmoderner Neanarchismus, Linksliberalismus, Dekonstruktivismus auf theoretischer Ebene, die Wiederentdeckung des Konservatismus und schließlich den Links-Schmittianismus – die Berufung auf Carl Schmitt, den »Kronjuristen des Dritten Reiches«, dessen Denken sich die Linke zu eigen machen müsse.

Es geht Mouffe wie auch ihrem verstorbenen Mann, dem argentinischen Peronisten Ernesto Laclau, vor allem um Hegemoniefähigkeit der Linken. Sie müsse größere Bündnisse ins Auge fassen, ohne aber geschichtsphilosophisch eine Klasse zu privilegieren. In einer Zeit wachsender Entpolitisierung unter der Vorherrschaft deliberativer Absprachenpolitik gelte es, die westlichen Demokratien wieder zu repolitisieren durch die neuen sozialen Bewegungen und die Wiederbelebung des Antagonismus, der jede menschliche Gesellschaft durchziehe und unaufhebbar sei. Dabei beruft sie sich auf Schmitts Gegensatz von Freund und Feind als der eigentlichen Sphäre »des Politischen«. Politik würde heute nicht mehr als Kampf um politische Ziele gesehen, sondern moralisiert. Auch wenn Schmitt und Mouffe das anders sehen, ist Politik aber nicht von ethischen Grundhaltungen zu trennen. Das »rein« Politische ist eine rechte Denkfigur, mit der Militanz rein als solche zu existenzieller Daseinssteigerung überhöht wird.

Heutige Politik, so Mouffe, stehe noch zu sehr unter der Vorherrschaft des Rationalismus der Aufklärung und des Universalismus der Menschenrechte. Daher gelte es, erstens Leidenschaften, also das voluntaristische Moment von Politik, zu stärken und, zweitens, kulturrelativistisch die Differenz von Ethnien, Kulturen und Traditionen anzuerkennen. Im Zuge des postmodern-konservativen Plädoyers für Dezentralisierung und kleinteilige Strukturen (Edmund Burkes »little platoons«) wirbt Mouffe für Föderalismus, Vielfalt und Entstaatlichung, wo doch gerade mehr Staat als Gegengewicht gegen die neoliberale Hegemonie der EU nötig wäre. Es bleibt nebulös, was an Mouffes Verschnitt aus konservativen und linksliberalen Versatzstücken »radikal« sein soll, und ich gestehe meine Voreingenommenheit gegenüber »radikalen Linken«, die Schmitt bedenkenlos vor ihren Karren spannen. Letztlich strebt Mouffe eine europaweite sozialstaatliche Bürgerdemokratie gegen die »marktkonforme Fassadendemokratie« (Jürgen Habermas u.a.) an – irgendwie eine Mischung aus Habermas und Carl Schmitt, was beide wohl als Zumutung von sich weisen würden. Noch denken diese europäischen Bürger aber in nationalstaatlichen Kategorien, und daran wird sich alsbald auch nichts ändern.

Jüngst erst hat Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, den Zustand Europas beklagt. Leider hat er versäumt, auf die Fehler und Versäumnisse der EU einzugehen. Europäische Länder oder der »Westen« unter Einschluss der abhörwütigen transatlantischen Freunde sind aber nicht unschuldig am Zustand der Welt von Afrika bis zum Nahen Osten, der nun auf den Zustand Europas zurückschlägt. Wen wundert es, dass gerade in Frankreich, dem Land mit dem größten Anteil an Muslimen in Europa, kaum ein Monat ohne ein neues, geglücktes oder vereiteltes Attentat mit islamistischem Hintergrund vergeht? Und wen wundert es, dass gerade dort eine rechts-extreme Partei wie der Front National vor den Toren der Macht steht? Mich jedenfalls wundert das nicht.



Karin Priester

lehrt Soziologie an der Universität Münster und ist im Beirat der NG/FH. Zuletzt erschien: *Mystik und Politik: Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie* (2014).

priestek@uni-muenster.de